

IM SINKFLUG? US-DROHNEN IM KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS

Die gezielte Tötung von Terrorverdächtigen im Ausland ist unter Präsident Barack Obama Routine geworden. Meistens werden dazu bewaffnete Drohnen eingesetzt. Nutzen und Zahl ihrer Einsätze werden jedoch abnehmen: Erstens nimmt die innenpolitische Kontrolle zu und reduziert den Handlungsspielraum der US-Regierung; zweitens wächst die Sorge, dass die negative internationale Wahrnehmung der Einsätze Terroristen als Rekrutierungsinstrument dient. Und drittens verändert sich die Terrorbedrohung vermehrt hin zu Anschlägen, die mit Drohnen nicht direkt zu verhindern sind.



Abnehmender Nutzen im Anti-Terror-Kampf: eine bewaffnete Drohne des Typs «Reaper» vor einem Einsatz. Irak, 16. Oktober 2008.
US Air Force Photo / Erik Gudmundson

Drohnen – unbemannte, ferngesteuerte Luftfahrzeuge – sind zum Markenzeichen der Anti-Terror-Politik von Präsident Barack Obama geworden. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, von Obama eng definiert als Kampf gegen al-Kaida und verbündete Gruppierungen, setzen die USA in bisher nicht gekanntem Masse auf gezielte Tötungen von Verdächtigen. Dies geschieht meist durch bewaffnete Drohnen. Auch wenn er seinen grössten sicherheitspolitischen Erfolg – die Tötung Osama Bin Ladins im Mai 2011 – unmittelbar den gelandeten Spezialkräften verdankt, konnte Obama die Mission live im Weissen Haus verfolgen – gefilmt von einer Drohne über Abbottabad. Zwar werden Drohnen nicht nur als Waffensysteme,

sondern, wie in diesem Falle, in erster Linie zur Aufklärung genutzt. Die Debatte über ihre Verwendung konzentriert sich jedoch vor allem auf ihre tragende Rolle in der Tötung von Terrorverdächtigen. Bezeichnend ist auch, dass die heftige öffentliche Kritik an den US-Drohneinsätzen generell ein überwiegend nicht-amerikanisches Phänomen ist: Innerhalb der USA richtet sich die öffentliche Meinung lediglich gegen die Tötung von US-Staatsbürgern.

Jede Bewertung der US-Drohneinsätze unterliegt Einschränkungen. Das Programm ist klassifiziert. Es fehlen offizielle Zahlen zu den Einsätzen und zu den – intendierten oder unbeteiligten – Opfern ebenso wie zu den genauen Zielbestimmungsprozessen.

Unabhängige Schätzungen, die sich an Medienberichten oder ungenannten Regierungskreisen orientieren, unterscheiden sich zum Teil erheblich. Diese Analyse wird daher nicht mit diesen umstrittenen Zahlen argumentieren, sondern die zugrundeliegende Logik der Einsätze untersuchen.

Dazu wird zunächst die Rolle beleuchtet, die bewaffnete Drohnen seit dem 11. September 2001 im Kampf der USA gegen den Terror spielen. Dann wird analysiert, warum Drohnen in diesem Kampf einen tendenziell abnehmenden Nutzen aufweisen: Erstens verliert die US-Regierung innenpolitisch an Handlungsfreiheit, was vor allem mit der Kritik an Drohneinsätzen gegen amerikanische Staatsangehörige zu tun hat. Die Kontrolle durch den Kongress dürfte deshalb zunehmen. Zweitens werden Drohnenangriffe angesichts der negativen internationalen Perzeption inzwischen vermehrt als strategisch kontraproduktiv bewertet. Schliesslich führt drittens die Evolution der Terrorbedrohung dazu, dass Drohnen gegen die derzeit wohl wahrscheinlichsten Anschläge praktisch wirkungslos sind.

Militärische Verwendung von Drohnen

Drohnen werden im US-Militär sowie im Auslandsgeheimdienst CIA in zahlreichen Versionen und zu unterschiedlichsten Zwecken verwendet. Überwiegend werden sie auch heute noch zur Beobachtung, Überwachung und Aufklärung eingesetzt. Dabei nutzt man abhängig

«Personality strikes» und «signature strikes»

Kritik wird international insbesondere an den sogenannten «signature strikes» geübt. Bei diesen sind Name und Funktion der Zielpersonen nicht zweifelsfrei bekannt. Die zuständigen Stellen schliessen lediglich aus einer Gesamtschau von Indizien – Bewegungsprofilen, abgehörter Kommunikation, bekannten Kontaktpersonen – auf die Zugehörigkeit zu einer zu bekämpfenden Gruppe. Die zugrunde liegende Ratio ist die Annahme, dass urbanisierte Angehörige al-Kaidas im ruralen Pakistan lediglich bei aktiven Unterstützern Unterkunft finden, um nicht durch Informanten verraten zu werden. Berichten zufolge sehen die USA daher alle erwachsenen männlichen Personen in direkter Nähe zu den Jihadisten als legitime militärische Ziele an. Gerade diese Annahme wird international häufig kritisiert.

Im Gegensatz dazu zielen «personality strikes» auf der Basis von personenspezifischen Informationen auf namentlich bekannte Personen. Ist eine Gefangennahme mit annehmbarem Risiko nicht möglich, können Drohnen zum Einsatz kommen. Im Rahmen der Einsätze werden nach Aussage von Mitgliedern der US-Administration erhebliche Anstrengungen unternommen, um unbeteiligte Opfer zu vermeiden. So sollen viele Angriffe abgebrochen worden sein, wenn sich Frauen oder Kinder in Zielnähe befanden. Diese Zurückhaltung gilt jedoch wie obenstehend dargelegt nicht für Männer im wehrfähigen Alter. Diese werden in US-Statistiken auch nicht als «zivile Opfer» gezählt.

vom genauen Typ ihre lange Verweildauer über einem Beobachtungsobjekt oder ihre geringe Grösse und hohe Beweglichkeit. Zumeist findet diese Aufklärung optisch statt. Kameras übertragen ihre Aufnahmen direkt auf den Bildschirm der Piloten und Beobachter. Andere Drohnen fangen Fernmeldesignale ab, um die Ortung von gesuchten Personen oder das Abhören von Gesprächen zu ermöglichen. Erste bedeutende operative Einsatzerfahrungen mit Aufklärungsdrohnen machten die USA in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in den Einsätzen auf dem Balkan.

Berichten zufolge fand der erste erfolgreiche Test einer bewaffneten Drohne durch die US-Luftwaffe im Februar 2001 statt. Seitdem standen dem Militär und dem Geheimdienst meist mit Lenk Waffen, später auch mit gelenkten Bomben ausgestattete Drohnen zur Verfügung. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 beschleunigte sich die Entwicklung: Bereits am 7. Oktober 2001 startete eine bewaffnete Predator zu ihrem ersten Einsatzflug über Afghanistan.

Predator und ihr ebenfalls in Verwendung befindliches, weitaus leistungsfähigeres Nachfolgemodell Reaper stehen für eine Drohngeneration, die bei allen Vorteilen auch entscheidende Nachteile hat: Sie sind langsam, schwerfällig und von Radargeräten leicht zu erfassen. Das ist in den gegenwärtigen Einsatzräumen kein Problem. In einem Luftraum, der durch relativ moderne Luftabwehrsysteme verteidigt wird, könnten sie schlichtweg nicht operieren. Eine neue Drohnen-Generation ist jedoch schon im Einsatz: Die USA setzen das RQ-170 genannte Fluggerät, das vom Radar nur schwer erfasst werden kann, angeblich bereits über Iran und Pakistan ein.

Bewaffnete Einsätze gegen al-Kaida

Unmittelbar nach dem 11. September 2001 begann der Einsatz von bewaffneten Drohnen zur Unterstützung der US-geführten Invasion in Afghanistan. Die US-Administration unter Präsident George W. Bush wählte einen globalen Ansatz für eine als global wahrgenommene Bedrohung: Al-Kaida, die Terrororganisation unter Osama Bin Ladin, sollte überall dort getroffen werden, wo sie Strukturen unterhielt. Seitdem scheint das primäre Ziel der Drohneinsätze die Verhinderung katastrophaler Terrorangriffe in der Grössenordnung von 9/11 zu sein. Die Drohnenangriffe folgen dabei zwei Grundsätzen: Zum einen treffen sie Jihadisten in Räumen schwacher Staatlichkeit, um ihnen die operative Tiefe zu nehmen. Zum anderen zielen sie – zumindest in der Anfangsphase – primär auf hochrangige operative Führer der al-Kaida, in der Annahme, ihr Tod würde die Planung eines grossen Terrorangriffs erschweren. Die unbemannten Luftfahrzeuge nutzen dabei ihre Fähigkeit, für lange Zeiträume über Gebieten zu verweilen, die entweder politisch sensibel sind oder in denen US-Bodentruppen nur unter hohem Risiko operieren können. Neben der Aufklärung von Zielen besteht ihr Hauptvorteil für die US-Regierung so in der Vermeidung eigener Verluste.

Im November 2002 führten die USA im Jemen ihren ersten bewaffneten Drohneinsatz ausserhalb Afghanistans durch. Seit dem Jahr 2004 fliegen US-Drohnen Angriffe in Pakistan, dem absoluten Schwerpunkt der Drohneinsätze. Bis zur Tötung Bin Ladins im Mai 2011 geschah dies unter anderem von Stützpunkten innerhalb Pakistans.

Seit 2006 werden Ziele auf den Philippinen angegriffen, und der erste Drohneinsatz in Somalia fand wohl im Juni 2011 statt. Ebenfalls 2011 beteiligten sich bewaffnete Drohnen am Luftkrieg gegen die Truppen des libyschen Diktators Muammar al-Ghadhafi – hier allerdings nicht im Rahmen des «Kampfes gegen den Terror». Möglicherweise werden auch weitere Einsätze in anderen Ländern durchgeführt.

Gemäss Präsident Obama gehen die USA ausserhalb Afghanistans mit Drohnen lediglich gegen al-Kaida und verbündete Gruppen vor. Der Begriff «verbündete Gruppen» ist jedoch unscharf – Berichten zufolge wurden auch Angehörige von pakistanischen Gruppierungen getötet, die sich nicht direkt gegen die USA, sondern gegen die pakistanische Regierung wandten. Auch wurden Einsätze bekannt, in denen ausschliesslich Unbeteiligte oder sogar erklärte Vermittler getötet wurden. Diese Problematik wird sich auch in Zukunft stellen.

Die genaue Zahl der Drohneinsätze ist nicht bekannt. Zur Geheimhaltung von Seiten der US-Administration und der Regierungen vieler Einsatzländer kommt hinzu, dass insbesondere im Jemen und in Somalia nicht alle gezielten Tötungen der USA durch Drohnen durchgeführt wurden. Der Grossteil solcher Einsätze in diesen Ländern vor 2011 soll Berichten zufolge durch Spezialkräfte, Marschflugkörper und bemannte Luftfahrzeuge erfolgt sein. Dennoch gehen die meisten Quellen davon aus, dass sich die Zahl der Drohneinsätze unter Präsident Obama gegen-

Drohnen haben die zentrale operative Führungsstruktur von al-Kaida erheblich dezimiert.

über den acht Jahren unter George W. Bush rund versechsfacht hat: Drohnen haben die zentrale operative Führungsstruktur von al-Kaida erheblich dezimiert und die bedeutendsten Planer gezwungen, sich auf das eigene Überleben anstatt auf die Planung komplexer Anschläge zu konzentrieren. Berichten zufolge haben sich die Drohnenangriffe in der Folge jedoch zunehmend auf nachgeordnete, weniger bedeutende Angehörige der al-Kaida und anderer Gruppen ausgeweitet. In diesem Zuge sind die USA, insbesondere ausserhalb Pakistans, verstärkt auf Informationen von lokalen Verbündeten angewiesen, deren Verlässlichkeit regelmässig fraglich ist. Das erhöht die Gefahr von un-intendierten Opfern. In diesen Berichten über die Einsätze wird dabei meist zwischen «personality strikes» und «signature strikes» differenziert (vgl. Kasten). Für beide

Einsatzarten gilt jedoch gleichermaßen: Wie jedes Waffensystem sind Drohnen nur so präzise wie die Informationen, die ihrem Einsatz zugrunde liegen.

Abnehmender innenpolitischer Handlungsspielraum

Ein erster Grund für die zukünftig wahrscheinlich abnehmende Zahl von Drohneinsätzen ist die zunehmend eingeschränkte Handlungsfreiheit der US-Regierung im innenpolitischen System der USA. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 verfügt das Weisse Haus in Fragen der Terrorbekämpfung über einen seit Jahrzehnten nicht gekannten Spielraum abseits intensiver parlamentarischer und gesellschaftlicher Kontrolle. Angesichts eines Jahrzehnts der relativen Ruhe an der «Heimatfront» wird dieser Spielraum zusehends kleiner.

Für einen US-Präsidenten, und insbesondere für Barack Obama, ist die innenpolitische Legitimation der Drohneinsätze entscheidend. Hier ist die inneramerikanische Haltung jedoch ambivalent: Laut einer Gallup-Umfrage vom März 2013 unterstützen 65 Prozent der US-Amerikaner die gezielte Tötung ausländischer Terrorverdächtiger im Ausland. Die Tötung von US-Staatsbürgern im Ausland wird jedoch nur von 41 Prozent unterstützt. Ausserhalb der sicherheitspolitischen Kreise entzündet sich innenpolitische Kritik an der US-Politik also nicht primär an den Einsätzen

gegen ausländische Terrorverdächtige, sondern am relativen Sonderfall der gezielten Tötung des US-Staatsbürgers Anwar al-Awlaki im September 2011 im Jemen. Diese tangiert jedoch staatspolitische Fragen der demokratischen Kontrolle und hat somit zunehmend Auswirkungen auf die Akzeptanz von Drohneinsätzen insgesamt.

Vor allem im US-Kongress wuchs daher zuletzt der Druck auf Obama, seine Politik der Drohneinsätze transparenter zu gestalten. Seine Rede vor der *National Defense University* vom 23. Mai 2013, in Verbindung mit der tags zuvor unterzeichneten Politischen Direktive, ist Ausfluss dieser beschränkten Handlungsfreiheit. In dieser weiterhin klassifizierten Politischen Direktive soll Obama auf Kosten der CIA die auf absehbare Zeit vermehrte Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums für bewaffnete Drohneinsätze angeordnet haben. Bisher wurden Drohnenangriffe je nach Einsatzregion von Militär und Geheimdienst getrennt durchgeführt. Seit

«Due process?» – US-Drohnen gegen US-Staatsbürger

Am 22. Mai 2013 deklassifizierte die US-Regierung Informationen über von Drohnen getötete US-Staatsangehörige. Demnach waren bisher vier US-Bürger ums Leben gekommen; gezielt wurde jedoch nur Anwar al-Awlaki getötet. Al-Awlaki, Sohn jemenitischer Einwanderer, erreichte durch seine sprachlichen Fähigkeiten ein breites Publikum, auch in den USA. Am 30. September 2011 wurde al-Awlaki durch den koordinierten Einsatz dreier Drohnen der CIA im Jemen getötet.

Die Obama-Administration entschloss sich früh, nach al-Awlaki zu suchen und ihn, wenn nötig, zu töten. Das US-Justizministerium erstellte daraufhin ein Dokument, in dem es festhielt, unter welchen Voraussetzungen ein amerikanischer Staatsangehöriger, der ein «hoher operativer Führer» von al-Kaida oder einer verbündeten Organisation ist, im Ausland und ausserhalb eines aktiven Kampfgebietes getötet werden dürfe. Demnach muss 1) ein «informierter, hochrangiger Angehöriger der US-Regierung» bestimmt haben, dass die Person eine unmittelbare Bedrohung darstelle; 2) die Möglichkeit einer Gefangennahme muss als ausgeschlossen beurteilt werden; und 3) muss die Operation in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Kriegsvölkerrechts durchgeführt werden.

Die Argumentation der US-Regierung beruht wesentlich auf der Annahme, dass sich die USA im Kriegszustand mit al-Kaida und verbündeten Gruppen befinden. Das verfassungsmässig in der «due process»-Klausel niedergelegte Recht auf einen fairen Prozess als Abwehrrecht des Bürgers gegen den Staat hat in den USA eine lange Tradition. Hieraus erklärt sich die ablehnende Haltung einer knappen Mehrheit der US-Amerikaner (laut Gallup 52 Prozent) gegenüber der gezielten Tötung von Landsleuten.

dem 11. September 2001 haben sich die Aufgabengebiete der beiden Organisationen angenähert: Das Militär hat seine nachrichtendienstlichen Fähigkeiten erheblich erweitert. Gleichzeitig setzt die CIA in grossem Umfang auf die gezielte Festnahme und Tötung von Verdächtigen und beschränkt sich nicht mehr auf die Sammlung und Analyse von Informationen. Eine klarere Aufgabentrennung von Militär und Geheimdienst wird unter anderem angestrebt, um eine verbesserte Kontrolle durch den Kongress zu ermöglichen. Die Frage der Zuständigkeit darf jedoch nicht überbewertet werden: Solange die USA an ihrer Politik der gezielten Tötungen festhalten – und Obama hat dies klar angekündigt – werden Geheimdienst und Militär eng kooperieren. Die letztendliche Zuständigkeit für das Auslösen eines Angriffs ist dabei von untergeordneter Bedeutung.

Berichten zufolge zielt die Direktive insgesamt auf eine klare Reduzierung der Einsätze ausserhalb Afghanistans und eine deutlich höhere Transparenz bei den Einsätzen. Auch wenn die Drohneinsätze weiter gehen, scheint sich der innenpolitische Handlungsspielraum der US-Regierung insgesamt also zu verringern. Drohnen werden in Zukunft vorsichtiger eingesetzt werden müssen.

US-Drohnenangriffe als Rekrutierungsmotiv

Ein zweiter Grund für die sinkende Bedeutung von Drohnen ist die wachsende

Sorge, dass die Berichte über hohe Opferzahlen unter Unbeteiligten und die Wahrnehmung der Drohnen als Symbole US-amerikanischer Omnipotenz mehr neue Terroristen hervorbringen, als durch die Angriffe selber getötet werden. Trotz der internen Logik der «signature strikes» und der relativen Präzision der «personality strikes» haben Drohnenangriffe zweifellos zahlreiche Opfer unter unbeteiligte Personen zur Folge gehabt. Gerade in tribalen Gesellschaften wie im westlichen Pakistan, im Jemen und in Somalia erhöhen familiäre Verbindungen zudem die ohnehin bestehende Ablehnung potenziell erheblich. Auch wenn die unmittelbare Bedrohung für die USA damit nicht direkt wächst: Für radikalisierte Jihadisten, die bereits in den USA leben, bieten die Drohnenangriffe ein starkes Moment der Empörung und der Rekrutierung. Das erste dokumentierte Beispiel war der «Time Square Bomber» Faisal Shahzad, der seinen Anschlagversuch 2010 mit den Tötungen durch Drohnen verglich. Er scheint für einen Trend zu stehen: Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass die Drohnenangriffe das Gefängnis in Guantanamo Bay als Hauptrekrutierungsinstrument für junge Jihadisten abgelöst haben.

Diese Entwicklung ist für eine Gesamtschau des strategischen Nutzens von Drohnen bedeutsam. Die wachsende Sorge in US-Sicherheitskreisen belegt die eindrückliche Warnung vor möglichen Auswirkungen der Drohneinsätze durch US-General a.D. Stanley McChrystal, der selber von 2003 bis 2008 für die militärischen Drohneinsätze der Spezialkräfte verantwortlich war. Im Januar 2013 stellte McChrystal fest, dass die

internationale Ablehnung der Drohneneinsätze weit stärker sei, als dies in den USA zumeist wahrgenommen werde. Ihre weitere Nutzung entlang der gegenwärtigen Strategie müsse deshalb hinterfragt werden.

Evolution der Terrorbedrohung

Ein dritter, damit zusammenhängender Grund ist die zunehmende Wirkungslosigkeit von Drohnen angesichts der Evolution der Terrorbedrohung. Trotz des wohl erheblichen Effekts der Drohneneinsätze auf den Kern von al-Kaida deuten jüngste Entwicklungen darauf hin, dass die Terrororganisation lernt, mit der Bedrohung durch Drohnen zu leben. Bei einem lokalen Jihadistenführer in Mali fanden französische Soldaten eine Anleitung, wie man sich der Drohnenüberwachung am besten entziehen könne. Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass al-Kaida diese Anleitung erstellte, um ihre regionalen Ableger, in deren Operationsgebiet die USA noch keine Drohneneinsätze durchführen, zu befähigen, sich gegen solche Angriffe zu schützen.

Eine solche Stärkung regionaler Ableger ist für al-Kaida naheliegend, da die Organisation operativ praktisch führungslos scheint. Der Tod Bin Ladins war jedoch nur ein Symbol dafür: Wie Präsident Obama zu Recht darstellt, hat al-Kaida seit dem 11. September 2001 keinen erfolgreichen grossen Anschlag gegen die USA durchgeführt. Die noch verbleibenden Mitglieder der Führungsschicht müssen sich international mit einer sekundären Rolle im globalen Jihad zufrieden geben. Sie haben ihren ideologischen und vor allem operativen Führungsanspruch effektiv an ihre regionalen Ableger abgetreten und diesen damit ermöglicht, ihr eigenes Profil mit Angriffen auf US-Interessen in ihrem direkten Umfeld zu schärfen.

Die aktuelle Bedrohung in den USA, aber auch in anderen westlichen Staaten, geht so vermehrt weniger von Terroristen aus, die in die USA einreisen, um einen Anschlag zu begehen. Als grössere Bedrohung werden in den USA aufgewachsene, so genannte «*home grown*»-Terroristen eingeschätzt. Der Anschlag auf den Boston-Marathon und der Mord an einem britischen Soldaten in London im Mai 2013 stehen für die neue Bedrohung von «Nachbarschafts-Zielen»: Kleiner in ihren Ausmassen, können solche Anschläge unter anderem den sozialen Frieden in der betroffenen Gesellschaft ernsthaft gefährden. Drohnen können hier wenig ausrichten. Ironischerweise könnte es so gerade der Erfolg der Drohnen in der

Dezimierung von al-Kaida sein, der die zukünftigen Versuche, Informationen über die Terrorbedrohung zu erhalten, erschwert.

Die Tötung von Terrorverdächtigen, und dies zumeist durch Drohnen, war in den letzten Jahren fraglos ein wichtiges Element im Kampf gegen den Kern von al-Kaida. Die beschriebenen drei interdependenten Entwicklungen – der abnehmende innenpolitische Handlungsspielraum, die kontraproduktive, als Rekrutierungsmoment dienende negative Wahrnehmung der Drohnenangriffe sowie die Evolution der Terrorbedrohung hin zu eher lokalen Bedrohungen – werden wahrscheinlich zu einer abnehmenden Zahl dieser US-Droh-

neneinsätze führen. Dennoch werden die USA auch weiterhin gezielt Terrorverdächtige töten; und Drohnen werden dabei aufgrund ihrer Fähigkeiten zentral bleiben.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler
analysen@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperten für diese Analyse:
Martin Zapfe
martin.zapfe@sipo.gess.ethz.ch
Prem Mahadevan
mahadevan@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

Bisher erschienen

- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen
- Nr. 135: Tunesien: Hürden des Übergangsprozesses
- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement
- Nr. 124: Der syrische Bürgerkrieg: Zwischen Eskalation und Intervention
- Nr. 123: Die arabischen Revolutionen aus der Sicht Israels
- Nr. 122: Chemiewaffen-Verbot: Stand und Perspektiven
- Nr. 121: Nordkoreas Atomprogramm: zwischen Eindämmung und Dialog
- Nr. 120: Atomausstieg und Energieversorgung der Schweiz
- Nr. 119: Somalia: Geringe Aussichten auf Frieden
- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen